



Suchergebnisse: Administration

31. Januar 1581 – Fürstbischof Ernst wird das Fürstbistum Lüttich übertragen

Lüttich * Dem Freisinger und Hildesheimer Bischof Ernst wird zusätzlich das Fürstbistum Lüttich übertragen. Dafür muss der Papst eigens ein Wählbarkeitsbreve ausstellen, das erste überhaupt, da Ernst mit der Übernahme des Lütticher Bistums gegen mehrere Bestimmungen des Konzils von Trient und damit gegen das kanonische Recht verstößt. Kurz darauf erhält er zudem die Administration der Reichsabtei Stablo-Malmedy. Mit gerade einmal 27 Jahren vereint der Fürstbischof damit drei Bistümer sowie zahlreiche weitere Ämter und Pfründen in seiner Hand. Der persönliche Lebenswandel des jungen Bischofs steht jedoch im deutlichen Gegensatz zu der von den Wittelsbachern angestrebten inneren Erneuerung der katholischen Kirche. Statt Gebet, Askese und strenger Sittenzucht bevorzugt Ernst das prachtvolle Leben weltlicher Höfe, pflegt Liebschaften und interessiert sich mehr für Magie sowie Würfel- und Kartenspiele als für geistliche Disziplin.

1702 – Die Rekrutierungsverfahren werden verschärft

München * Die Rekrutierungsverfahren zur Gewinnung von Soldatennachwuchs werden verschärft. Sogar der Hofkriegsrat stellt in einem Gutachten fest, dass das Verfahren negative Auswirkungen auf die Landwirtschaft und die Steuerkraft des Landes haben wird. Die kurbaierischen „Zwangsaushebungen“ unterscheiden sich kaum von den „Zwangsrekrutierungen“ der österreichischen Kaiserlichen Administration im Jahr 1705.

16. Februar 1705 – Kurfürstin Therese Kunigunde reist nach Venedig

München - Venedig * Kurfürstin Therese Kunigunde reist zu ihrer Mutter nach Venedig. Das ist für die Kaiserliche Administration Anlass genug, dies als Verstoß gegen den Ilbesheimer Vertrag zu werten.

20. März 1705 – Kaiser Leopold I. setzt eine Administration ein

Wien * Hofkriegspräsidenten, Geheimräte und hohe Kanzleibeamte beraten in Wien über eine zentrale Administration für ganz Baiern. Prinz Eugen „der edle Ritter“ führt



den Vorsitz dieser streng geheimen Besprechung. Mit Argwohn beobachtet man die rege Korrespondenz zwischen München und Brüssel. Schließlich setzt Kaiser Leopold I. - zur zivilen und militärischen Verwaltung Baierns - die Kaiserliche Administration mit Sitz in Landshut ein. Zum Landesadministrator wird der Diplomat Graf Maximilian Carl von Löwenstein-Wertheim-Rochefort bestellt.

April 1705 – Das Niederlassungsverbot für Juden auch unter der kaiserlichen Administration

München * Das Niederlassungsverbot für Juden im Herzogtum Bayern gilt auch während der kaiserlichen Administration. Dennoch halten sich einzelne Juden mit Sondergenehmigungen in München auf, vor allem Hoffaktoren und Hoffinanziers, Lieferanten des Hofes oder Militärs und durchreisende Kaufleute. Es handelt sich aber nur um wenige Einzelpersonen oder einzelne Familien, nicht um eine organisierte Gemeinde. Die habsburgische Verwaltung hebt die antijüdischen Bestimmungen nicht auf, obwohl in Wien und anderen habsburgischen Territorien bereits größere jüdische Gemeinden existieren. Bayern bleibt auch unter österreichischer Verwaltung konfessionell und rechtlich weitgehend bei seinen bisherigen Regelungen.

15. Mai 1705 – Kurfürstin Therese Kunigunde wird die Rückreise verweigert

München * Die Kaiserliche Administration verweigert der Kurfürstin Therese Kunigunde die Rückreise nach München. 8.000 Soldaten marschieren um 7 Uhr vor den Stadttoren auf und drohen mit Bombardierung. Die Münchner kapitulieren. Nun ist die bayerische Hauptstadt München, das Rentamt München und damit ganz Bayern besetzt. In der Folge verlegt man den Sitz der Kaiserlichen Administration in die Herzog-Max-Burg.

16. Mai 1705 – Die Kaiserlichen besetzen auch das Rentamt München

München * Nachdem Kurfürstin Therese Kunigunde am 16. Februar 1705 zu ihrer Mutter nach Venedig reiste, besetzen die Kaiserlichen auch das Rentamt München und verweigerten der Kurfürstin die Einreise nach Bayern. 8.000 Soldaten marschieren um 7 Uhr vor den Stadttoren auf und drohen mit Bombardierung. Die Münchner kapitulieren. Zur Besetzung des Rentamtes München kommt es auch deshalb, weil man in München keinen großen Eifer zeigt, die vereinbarten Abrüstungsmaßnahmen aus dem Ilbesheimer Vertrag umzusetzen. Eine Kaiserliche Administration unter Reichsgraf Maximilian Carl von Löwenheim-Wertheim-Rochefort bemüht sich nun um eine ordnungsgemäße Verwaltung des Kurfürstentums Bayern.



25. Mai 1705 – Die Kaiserliche Administration schreibt erneut eine Kriegssteuer aus

München * Die Kaiserliche Administration schreibt erneut eine außerordentliche Kriegssteuer aus, an der sich korrupte Beamte durch erhöhte Forderungen noch bereichern.

16. Juni 1705 – Je vier Höfe müssen einen tauglichen Mann für die Armee stellen

München * Die Kaiserliche Administration ordnet an, dass jeweils vier Höfe einen tauglichen Mann für die Armee zu stellen haben.

24. Juli 1705 – Alle ledigen Bauernburschen sind dem Militärdienst zuzuführen

München * Die Kaiserliche Administration befiehlt, alle ledigen und herumziehenden Bauernburschen aufzugreifen und dem Militärdienst zuzuführen.

9. September 1705 – Die Kaiserliche Administration ordnet Rekrutierungen an

München * Die Kaiserliche Administration ordnet an, jeden dritten Mann der ursprünglich zu reinen Landesverteidigungszwecken aufgestellten Landfahnen zu rekrutieren.

2. Oktober 1705 – Zwangsrekrutierungen werden angeordnet

München * Da sich weiterhin die meisten jungen Männer der Rekrutierung durch Flucht entziehen, ordnet die Kaiserliche Administration Zwangsrekrutierungen zur Auffüllung ihrer stark gelichteten Regimenter an. Verwaltungsbeamte und Rekrutierungskommandos greifen wehrfähige Männer auf, wo immer sie sie finden. Söhne und Knechte von Bauern werden während der Feldarbeit oder nachts aus den Betten weggeschleppt. Sogar aus den Kirchen werden sie gezogen, auf Wagen gefesselt nach Ungarn oder Italien entführt. Den Bauern fehlen dadurch die Arbeitskräfte. Bis zu den Zwangsrekrutierungen beschränkte sich die Bevölkerung auf Beschwerden an die Kaiserliche Administration. Erst ab jetzt wird tätlicher Widerstand anzutreffen sein.

10. November 1705 – Verstärkung für die Kaiserliche Administration



Altötting - Burghausen * Die Kaiserliche Administration schickt 100 Grenadiere, 300 Rekruten, je 100 Husaren und Kürassiere sowie vier Regimentsgeschütze unter Oberst de Wendt in den Raum Altötting-Burghausen.

14. November 1705 – Einsatz von Truppen gegen Tumultuanten angekündigt

Wien * Ein kaiserliches Mandat kündigt den Einsatz von Truppen gegen die Tumultuanten an.

16. November 1705 – Burghausen fällt den Aufständischen in die Hände

Burghausen * Burghausen kapituliert vor den Aufständischen. Sie ist die erste Stadt, die den Aufständischen in die Hände fällt. In den Kapitulationsverhandlungen verlangen die Unterländer, dass „der Landmann bei seinen alten Privilegien verbleibe, dass man von ihm nicht mehr fordere als unter dem Kurfürsten geschehen, damit die Bauern [...] ihre schuldigen Abgaben entrichten können; alle Bauernsöhne und Knechte sollen zu Hause verbleiben und allein zur Verteidigung des Landes dienen.“ Die Bauern erheben sich also zunächst nur gegen die allzu maßlosen Forderungen der Kaiserlichen Administration, nicht gegen die Besatzungsherrschaft. Weil sie zu Verteidigung der Heimat bereit sind, wehren sie sich gegen den Missbrauch der Landfahnen zum kaiserlichen Militärdienst. Die Aufständischen verstehen sich als „ganze Gemein der Kurlande Baiern“. Um ihnen die Legitimation des gesamten Kurfürstentums zu geben, wird der Regierungsrat Franz Bernhard von Prielmayer zum Kriegskommissär der Landesdefension gezwungen. Prielmayer versucht mäßigend auf die Aufständischen einzuwirken. Doch der Erfolg der Rebellen verändert deren Ziele, weshalb sie schon bald die Beseitigung der Kaiserlichen Administration fordern, weil sie für die „unerträglichen Lasten“ verantwortlich zeichne.

28. November 1705 – Die Kaiserliche Administration will die Zwangsrekrutierungen einstellen

München * Auf Bitten der Landschaftsverordnung sagt die Kaiserliche Administration die Einstellung der Zwangsrekrutierungen zu. Obwohl sich die Landschaftsverordnung deutlich von den „yblen aufstandt under dem paurs volkh“ distanziert, zeigt sie dennoch Verständnis für die bauerlichen Belange, weshalb sie sich beim Kaiser vehement über „das unnß schon so lang truckhente Ellent“ beklagt. Sie tritt auch für eine Verständigungslösung zwischen den Aufständischen und der kaiserlichen Obrigkeit ein.



10. Dezember 1705 – Der Kongress von Anzing vereinbart einen zehntägigen Waffenstillstand

Anzing * Zwischen gemäßigten Burghauser Delegierten und Vertretern der Landschaft kommt es - mit Einverständnis der Kaiserlichen Administration zum Kongress von Anzing, der die Beschwerden der Aufständischen formuliert und einen zehntägigen Waffenstillstand vereinbart. Die Braunauer Aufständischen um Georg Sebastian Plinganser bleiben jedoch auf Konfrontationskurs.

12. Dezember 1705 – Angedrohung der Sippenhaft für die Aufständischen

München * Die Kaiserliche Administration erlässt für München ein Abmahnungsmandat, das den Aufständischen und ihren Familien mit Sippenhaft droht.

12. Dezember 1705 – Oberst Johann Baptist de Wendt wird Stadtkommandant

Wasserburg - Burghausen - München * Die Besatzung in Wasserburg wird auf 1.700 Mann verstärkt und dem Generalwachtmeister Georg Friedrich von Kriechbaum übertragen, nachdem die Kaiserliche Administration mit de Wendts Operationen gegen Burghausen unzufrieden war. Oberst Johann Baptist de Wendt wird als Stadtkommandant nach München zurückberufen.

18. Dezember 1705 – Eine Mischung aus Halbwahrheiten und maßlosen Übertreibungen

Tölz * Im Tölzer Franziskanerkloster treffen sich die Beamten und Gemeindeobmänner des Gerichts Tölz und Umgebung. Mit anwesend sind der Pflegskommissär Maximilian Alram aus Valley, der ehemalige baierische Kriegskommissär Matthias Ägidius Fuchs und die Offiziere. Den Anwesenden wird in einer Mischung aus Halbwahrheiten und maßlosen Übertreibungen eröffnet, dass die Kaiserliche Administration die kurfürstlichen Prinzen aus München entführen möchte, weshalb einige Adelige und die Münchner Bürgerschaft dringend bitte, dass man im Oberland zu den Waffen greifen und die Kaiserlichen aus München vertreiben soll. Aus dem Rentamt München wären dazu 20.000 Mann bereit. Und aus dem Unterland erwartet man weitere 8.000. Außerdem haben die Münchner versprochen, dass sie die Aufständischen ohne Verlust eines einzigen Mannes und ohne einen Schuss Pulver in die Stadt schleusen würden. Den Beamten erklärt man, dass der „Marsch nach München“ den Intensionen des Kurfürsten entspräche, wie der Brief vom 9. Dezember 1705 beweise. Es wird für die Gerichte südlich von München ein Aufgebotsbefehl erlassen.



19. Dezember 1705 – Die Kaiserliche Administration befiehlt, die Waffen niederzulegen

München * Die Kaiserliche Administration erlässt ein Mandat, in dem sie der „rottirten rebellischen Burschaft“ befiehlt, die Waffen niederzulegen. Zudem sollen die Bauern die Anführer der Aufstandsbewegung zur Anzeige bringen. Die Kaiserliche Administration warnt davor, „daß diejenige Dörffer, Höf und Häuser, wo die Bauerschaft sich abwesend befindet, ohne alle Gnad und Bedenken verbrennet und in Asche gelegt, diejenige Mannschaft aber, so in Wöhr und Waffen verblieben, und darinne erdappet werden wird, als Rebellen angesehen, und mit Galgen und Schwerdt, Vertreibung ihrer Haab und Gütter gestraft“ werden. Auch die Eltern der Aufständischen würden „der Straff des Brands und Plünderung, als wann sie selbst dabey wären, underworffen seyn“. Keiner könne sich damit entschuldigen, nur unter Zwang gehandelt zu haben.

22. Dezember 1705 – Verurteilung wegen Verkostung der Aufständischen

Schäftlarn * Die Prämonstratenserabtei Schäftlarn verköstigt die Aufständischen bei deren Marsch in Richtung München. Sie wird dafür später von der Kaiserlichen Administration zu einer Geldstrafe in Höhe von 8.000 Gulden verdonnert.

25. Dezember 1705 – Die Kaiserlichen hören die Aufständischen nicht mal an

München * Gegen 6 Uhr wird ein Tambour von den Anführern der Aufständischen vor das Sendlinger Tor geschickt. Er soll die Kaiserliche Administration zur Übergabe der Stadt auffordern, wird aber von den Kaiserlichen nicht angehört und muss unverrichteter Dinge wieder abziehen. Die Beamtenführung in Untersending gibt das Unternehmen daraufhin verloren und zieht ab. Mit ihnen auch Hauptmann Jean Philipp Gauthier, Leutnant Johann Houis, der Tölzer Pflegskommissär Joseh Ferdinand Dänkel und die gesamte Bauernreiterei. Nur der Münchner Jägerwirt Johann Jäger, der Student Anton Passauer, Hauptmann Matthias Mayer und Landleutnant xxxxxx Heller verbleiben bei den Oberländern.

25. Dezember 1705 – Die Oberländer werden von zwei Seiten angegriffen

München * Gegen 8:30 Uhr lässt Oberst Johann Baptist de Wendt die am Sendlinger Tor stehende Kavallerie gegen die Abteilung Clanze ausbrechen. Gleichzeitig verfolgt vom Isartor aus die Companie Lüttig die fliehenden Bauern vom Roten Turm. Damit werden



die Oberländer von zwei Seiten angegriffen. Von den Aufständischen, mit den Flüchtenden vom Roten Turm, etwa 900 Mann stark, fallen 200. Weitere 200 Mann werden gefangen genommen, 300 erreichen mit Leutnant Johann Clanze Untersending. 200 Mann eilen dem Forstenrieder Wald und Thalkirchen zu. Inzwischen hat Oberst von Eckhs Kavallerie von der Au aus die Isar überquert und nimmt ebenfalls die Verfolgung der Aufständischen in Richtung Untersending auf. Die Kaiserliche Administration erfährt erst jetzt, dass Untersending von den Oberländern besetzt gehalten wird. Daraufhin rückt General Georg Friedrich von Kriechbaum und Oberst Johann Baptist de Wendt mit insgesamt fünf Bataillonen Infanterie durch das Sendlinger Tor gegen Untersending vor.

25. Dezember 1705 – Gegen 11 Uhr ist alles vorbei

München * Gegen 11 Uhr ist alles vorbei. Es werden noch 36 Gefangene gemacht sowie sechs Kanonen, drei Munitionswagen, fünf Fahnen, zwei Dragoner-Standarten und ein paar Pauken sowie 150 Pferde eingesammelt. Auf kaiserlicher Seite zählt man 40 Gefallene und Verletzte. Die Aufständischen aus dem Oberland müssen demgegenüber eine Vielzahl von Toten beklagen. Alleine in München werden 1.066 Oberländer beerdigt. Insgesamt sind es etwa 1.100 Tote aus Oberbayern. 609 Aufständische werden verwundet, nur 107 werden unverletzt in Gefangenschaft gekommen. Die Münchner Einwohnerschaft hat während der gesamten Kämpfe brav den Anordnungen der Kaiserlichen Administration Folge geleistet und sich ruhig verhalten. Der Stadtmagistrat übermittelt noch in der Nacht die „allerunderthenigste treue devotion“ der Bürgerschaft an die kaiserliche Obrigkeit. Die ermordeten Aufständischen vor den Stadttoren bezeichnet er verächtlich als „pours roth“.

28. Dezember 1705 – Gnade für die Aufständischen

München * Die Kaiserliche Administration sagt allen am Aufstand Beteiligten - mit Ausnahme der Rändelführer - Gnade zu.

1709 – Die Straubinger Dreifaltigkeitssäule entsteht

Straubing * Die Straubinger Dreifaltigkeitssäule entsteht zu einem Zeitpunkt, als der bayerische Kurfürst Max Emanuel durch Abwesenheit glänzt und München sowie ganz Bayern durch eine Kaiserliche Administration regiert wird.



4. Januar 1710 – Erlaubnis für den Bau der Dreifaltigkeitskirche erbeten

München * Die Kaiserliche Administration wird um Erlaubnis für den Bau der Dreifaltigkeitskirche gebeten.

8. Januar 1710 – Der Kaiser unterstützt den Bau der Dreifaltigkeitskirche

München - Wien * Die Kaiserliche Administration informiert Kaiser Joseph I. in Wien von dem Wunsch der Münchner, um Erlaubnis für den Bau der Dreifaltigkeitskirche. Der Kaiser zeigt starkes Interesse an diesem Bau, will mit einer Abordnung sogar an der Konferenz zum Bau der Dreifaltigkeitskirche teilnehmen und kündigt die finanzielle und materielle Unterstützung der Besatzungsmacht an. In der Folge und während der gesamten Bauzeit tritt die in der Münchner Herzog-Max-Burg stationierte Kaiserliche Administration als Korrespondenzpartner auf, denn es waren Verhandlungen mit der Landschaft, dem Rat der Stadt, der Baudeputation, dem Geistlichen Rat und dem Kaiserhaus in Wien zu führen.

1711 – Die Alte Isarkaserne entsteht zwischen Großer und Kleiner Isar

München-Isarvorstadt * Auf dem südlichen Teil der Isarinsel, die spätere sogenannte Kohleninsel, wird die Isarkaserne oder Isarwörthkaserne errichtet. Die Initiative zum Bau dieser Soldatenunterkunft geht jedoch nicht vom regierenden Kurfürsten Max Emanuel aus, da sich dieser zu jener Zeit im Exil in Frankreich im Exil befindet. Bayern ist von österreichischen Truppen besetzt, und München firmiert bis 1715 als kaiserliche Hauptstadt in Bayern. Hintergrund dieser politischen Lage ist der Spanische Erbfolgekrieg, in dem Max Emanuel ein Bündnis mit Frankreich einging und sich gegen den habsburgischen Kaiser stellte. Die Isarkaserne wird von der kaiserlichen Administration als Unterkunft für die Kavallerie errichtet. Während der Besatzungszeit sind durchschnittlich rund 3.000 Soldaten in München einquartiert. Um die Belastung der Bürgerschaft durch die Einquartierung zu verringern - der Adel, der fürstliche Hof und der Klerus sind davon befreit - bemüht sich die Verwaltung verstärkt um die Unterbringung der Truppen in Kasernen.

7. September 1714 – Der Friede von Baden beendet den Spanischen Erbfolgekrieg

Baden * In Baden im Aargau wird der Friede von Baden geschlossen. Er ist einer der Friedensschlüsse zum Ende des Spanischen Erbfolgekriegs, der den Frieden von Utrecht und



dem Frieden von Rastatt bestätigt. Damit ist der Spanische Erbfolgekrieg endgültig beendet. Kurfürst Max Emanuel wird erneut in seine alten Rechte eingesetzt, weshalb sich die Kaiserliche Administration nach Wien zurückzieht.

12. März 1787 – Gräfin Maria Josepha von Toerring-Seefeld überspannt den Bogen

Untergiesing * Der Gräfin Maria Josepha von Toerring-Seefeld werden alle Forderungen gebilligt. Voraussetzung ist allerdings die Erfüllung von zwei Auflagen. Zum einen muss die Gräfin die dem Landrichter und dem Amtsknecht entgangenen Einnahmen in Höhe von 175 Gulden im Jahr ersetzen, zum anderen die Inleute der Falkenau gegen den herkömmlichen Lohn zur kurfürstlichen Jagdlust sowie zur Räumung der kurfürstlichen Fischweiher gebrauchen lassen. Dagegen wehrt sich die Gräfin und verlangt nun ihrerseits die Überlassung des Paulanerstocks in der Au. Damit jedoch verärgert die Gräfin Maria Josepha von Toerring-Seefeld den Kurfürsten und die den Vorgang bearbeitende Administration massiv. Sie kann nichts mehr erreichen und versucht nun, die Hofmark Falkenau an den Landesherren zu veräußern. Dafür verlangt sie 45.000 Gulden und begründet den Preis mit dem Argument, dass das Anwesen durch die Jurisdiktion so wertvoll geworden sei. Sie vergisst geflissentlich zu erwähnen, dass sie selbst genau diesen Preis bei ihrem Kauf bezahlen musste. Am kurfürstlichen Hof empfindet man diese Preisvorstellungen als ungehörig hoch - und geht deshalb gar nicht darauf ein. Statt dessen wird ein Untersuchungsverfahren eingeleitet, ob bei der Verleihung der Hofmarksrechte denn wirklich alles mit rechten Dingen zugegangen war.

31. Juli 1790 – Kurfürst Carl Theodor setzt den Magistrat ab

München * Kurfürst Carl Theodor empfindet die Rechtfertigungsschrift des Magistrats vom 28. Juli und die darin enthaltenen Angriffe auf die „verfehlte Regierungspolitik des Landesherrn“ als Majestätsbeleidigung und Hochverrat. Er lässt ein Exempel statuieren, den gesamten Inneren- und Äußeren Rat vor eine kurfürstliche Spezialkommission bringen und einzeln verhören. Bis zur nächsten Stadtratswahl überträgt er die Geschäfte einer kurfürstlichen Stadtadministrationskommission.

22. Dezember 1790 – Kurfürst Carl Theodor verweigert die Bestätigung der Wahlmänner

München * Bei der turnusmäßig vorgenommenen Neuwahl der Stadträte verweigert Kurfürst Carl Theodor die Bestätigung der Wahlmänner und überträgt bis auf Weiteres die Führung der



magistratischen Geschäfte einer landesherrlichen Kommission. Die Verfasser der Flugschrift werden lebenslang von den Ratsgeschäften ausgeschlossen.

13. März 1813 – Franz Xaver Zacherl erwirbt die ehemalige Brauerei der Paulaner-Mönche

Vorstadt Au * Die ehemalige Paulaner-Klosterbrauerei, das gesamte Areal mit allen Gebäuden, dem vorhandenen Inventar und „mit allen übrigen Pertinenzen“ wird für 13.000 Gulden an Franz Xaver Zacherl verkauft. Zum Verkauf ist es gekommen, da die Administration des Johanniter-Malteser-Ordens zum Verkauf geraten hat, da sich ein Neubau nicht mehr umgehen lässt. Neben der normalen Bierproduktion versucht der Hallerbräu vulgo Zacherlbräu die Starkbiertradition unter neuem Namen fortzuführen. Das „Heilig-Vater-Bier“ war bald als „Zacherl-Öl“ und später als „Salvator“ bekannt. Die genannten Pertinenzen, also die sogenannten Zugehörigkeiten, beinhalteten für den geschäftstüchtigen Hallerbräu auch den Heilig-Vater-Bier-Ausschank - und das traditionsgemäß zu einem höheren als dem üblichen Preis.

7. Dezember 1816 – Der päpstliche Konkordatsentwurf wird für unannehmbar erklärt

München * Der päpstliche Konkordatsentwurf wird für „unannehmbar“ erklärt. Noch während der Regierungszeit des Grafen von Montgelas wurden Verhandlungen mit der päpstlichen Administration über die Neuordnung der Kirchenverhältnisse in die Wege geleitet. Anno 1807 stellte man die Gespräche ein, bis im Jahr 1816 der Bayerische Gesandte beim Heiligen Stuhl, Bischof Kasimir Freiherr von Häfflein, in neue Konkordats-Verhandlungen eintrat. Da aber die Positionen der bayerischen Regierung und dem wieder erstarkten, selbstbewussten Papsttum nur schwer zu vereinbaren sind, schlägt Bayern als einzigen Gegenstand der Verhandlungen die Neufestsetzung der Diözesangrenzen und die Regelung zur Besetzung der Bischofsstühle vor.

Die Grenzen der Diözese stimmen nicht mit den Landesgrenzen überein, weshalb Bayern eine geschlossene territoriale Kirchenorganisation will und auf einen maximalen Einfluss bei der Besetzung der Bischofsstühle und damit indirekt auch auf die Pfarreien drängt. Eine Preisgabe der bisher ausgeübten staatlichen Kirchenhoheit kommt für die Regierung Montgelas nicht in Frage.

27. Mai 1825 – Statuten für die innere Ordnung der Synagoge in München

München * Noch während des Baues der Synagoge erlässt die Administration der Israelitischen



Kultusgemeinde „Statuten für die innere Ordnung der Synagoge in München“.

August 1833 – Die Raumprobleme des Münchner Hauptpostamtes

München-Graggenau * Wie gut, dass ausgerechnet jetzt die Raumprobleme des Münchner Hauptpostamtes und die Umzugsabsichten der Generalpostadministration bekannt werden. Bayernkönig Ludwig I. und sein Architekt Leo von Klenze sehen darin eine neue Chance für die abschließende Gestaltung des Max-Joseph-Platzes. Und das Allerbeste daran ist, dass man die entstehenden Kosten für den Erwerb des Gebäudes und den Umbau der Postdirektion aufbürden kann.

1. September 1833 – Leo von Klenze legt die Grundzüge seiner Planungen vor

München-Graggenau * Leo von Klenze legt dem König die Grundzüge seiner Planungen für den Platz vor der Oper in Form von zwei Baulinienalternativen vor. Die eine führt zu einer symmetrischen Platzgestalt, indem der Königsbau und die geplante neue Fassade der Hauptpost zwei gleich große Flächen beidseitig der Mittelachse begrenzen, die ihrerseits durch die Längsachse des Nationaltheaters und den geplanten Aufstellungsort des Max-Joseph-Denkmal festgelegt ist. Diese Symmetrie ist allerdings nur um den Preis einer „ganz in die Karikatur fallende Breite“ des Postgebäudes von etwa vier Metern zu erreichen. Der zweite Vorschlag rückt die Bauflucht weiter in den Platz, ausgerichtet auf die Südecke der Perusagasse, was erheblichen Gewinn an Raumtiefe für das Postgebäude bedeuten würde. König Ludwig I. entscheidet sich für die erste Lösung, da im anderen Falle das Denkmal für seinen Vater aus der Platzmitte geraten würde. Mit der Hauptpost soll ein markantes Beispiel für die hauptsächlich auf Stadtverschönerung ausgerichtete Baupolitik Ludwigs I. entstehen. Es ist aber zugleich ein Musterbeispiel dieser höchst fragwürdigen Baupolitik. Um seine Planungen verwirklichen zu können, braucht der König öffentliche und private Investoren, die seine gestalterischen Ideen unter Vernachlässigung von wirtschaftlichen und funktionalen Überlegungen akzeptieren. Private Bauherren lassen sich unter solchen Bedingungen kaum noch finden. Das haben nicht zuletzt die Erfahrungen in der Ludwigstraße gezeigt. Doch auch die Veranlassung öffentlicher Bauaufträge gestaltet sich zunehmend schwierig. Die staatlichen Aufwendungen für königliche Luxusbauten geraten immer stärker in die Kritik. Insbesondere im Umgang mit der Ständeversammlung, die die Ausgaben bewilligen oder, wie bei der Hauptpost, im Hinblick auf weitere Bauaufgaben zumindest akzeptieren soll, findet Ludwig eigene Wege. Im Fall des Postgebäudes ist dies eine Mischung aus Täuschungsmanövern, neoabsolutistischer Herrscherwillkür sowie einer Instrumentalisierung von teils opportunistischen, teils ahnungslosen



Beteiligten. Denn letztlich werden bei den äußerst komplizierten und kaum durchschaubaren Vorgängen, bei denen man auch den Einsatz eines Strohmannes und die bewusste Verfälschung und Verschleierung wichtiger Tatsachen nicht scheut, nahezu alle mit den Plänen befassten Instanzen, von der Postadministration über das Ministerium des Königlichen Hauses, des Innen-, Außen- und Finanzministeriums und der Ständevertretung, in unterschiedlicher Form und in jeweils anderen Punkten getäuscht und ausgenutzt.

5. September 1833 – Klenze legt einen Vorschlag für die Fassade der Residenzpost vor

München-Graggenau * Leo von Klenze legt - unaufgefordert und ohne „Anspruch auf diesen Bau zu begründen“ - einen Vorschlag für die Fassadengestaltung der Residenzpost vor, die er zur Kaschierung der 292 Fuß [90 Meter] langen und 70 bis 80 Fuß hohen Front auf dem nur 18 bis 19 Fuß tiefen bebaubaren Grundstück für geeignet hält. Dabei verfällt er „auf den Gedanken eines offenen Portikus - eines so schönen Gedankens der alten und neuen Zeiten, wozu hier der Bauplatz und seine Lage nach Norden und sein Verhältnis wie geschaffen scheint“. Da das „Törringsche Palais in seiner ganzen Höhe bedeckt werden müßte, so schien es besser, die Analogie einer Anlage aus dem Cinquecento als aus der Antike zu nehmen, und Florenz bietet dazu die schönsten Beispiele dar“. Beigefügt sind wieder zwei alternative Vorschläge. Sie sehen über einer in Anlehnung an Filippo Brunelleschis Findelhaus gestalteten Bogenhalle ein wahlweise in kleine Fenster oder Arkaden geöffnetes Obergeschoss vor. Das florentinische Vorbild dürfte Klenze nicht allein im Hinblick auf Dimensionen und Proportionen gewählt haben. So wie er den Königsplatz als ein hellenisch-antikes Forum gestaltete, konnte mit dem an den Palazzo Pitti erinnernden Königsbau und die Angleichung des Toerring-Palais an das „Ospedale degli Innocenti“ ein Platz entstehen, der einen Eindruck der florentinischen Renaissance vermittelt. Die Rückwand der Arkaden ist schmucklos: „Ich habe in diesen Skizzen den Grund der Arkaden ganz glatt und ungeziert gelaßen, jedoch würde sich eine paßliche, vom Königsbaue aus vorzüglich anzusehende Zierde [...] leicht finden laßen. [...]Es scheint mir hier eine der seltenen Gelegenheiten die Großartigkeit und Einfachheit der Florentinischen Gebäude, welche ich soviel wie irgendjemand kenne und schätze, ohne Manier, Gewalt und Opfer dessen, was Vernunft und architectonische Consequenz erheischen anzuwenden und zu erreichen.“ Dem möglichen Wunsch des Königs nach einer dem Königsbau ähnlichen Fassade begegnete Klenze im Voraus mit dem Hinweis auf die völlig unterschiedlichen Größenverhältnisse. König Ludwig I. akzeptiert die Idee der Bogenhalle, gibt aber zu bedenken, wie ein Gebäudeteil finanziert werden könne, der „nur Zierde“ und deshalb der Postkasse kaum aufzubürden sei. Klenze wiegelt ab: „Da dieser Bau namentlich im oberen Stock nicht bloß Zierde, sondern für den Nutzen der Post eingerichtet würde, so glaube ich nicht, daß ein Grund vorliegt, ihn nicht von



dieser Administration bestreiten zu lassen“. In den folgenden Monaten wird diese Frage zum zentralen Streitpunkt. König Ludwig I. verteidigt die Idee gegenüber dem Finanzminister Maximilian Emanuel Freiherr von Lerchenfeld und dem Minister des königlichen Hauses Gise. Die beiden Minister machen etatrechtliche Bedenken insbesondere im Hinblick auf die Ständeversammlung geltend, die ihrerseits bei der Entscheidungsfindung völlig übergangen worden ist.

Juni 1834 – Auseinandersetzungen um die Umbaufinanzierung

München-Graggenau * Monatelang ziehen sich die Auseinandersetzungen um die Umbaufinanzierung des Palais Toerring-Jettenbach hin. Die Ministerien haben wegen der Unzweckmäßigkeit und Unglaubwürdigkeit des Projekts erhebliche Vorbehalte. Der teure Vorbau bringt kaum einen Zugewinn an Raum und ist außerdem durch mangelnde Belichtung nur sehr schlecht nutzbar. Was also soll die entstehenden Kosten rechtfertigen? Schon deshalb holen die befassten Ministerien einen Gegenentwurf des Maurermeisters Höchl ein, der anstelle der Bogenhalle eine einfache Fassade vorsieht. Doch das steht den Interessen des Königs diametral entgegen. Ludwig I. geht es einzig und alleine um die Gestaltung der Fassade, die er von den Wohnräumen seines Schlosses aus zu sehen bekommt. Einen letzten Vermittlungsversuch unternehmen die Minister Maximilian Emanuel Freiherr von Lerchenfeld und Friedrich August Freiherr von Gise im Juni 1834. Wenn der König schon nicht auf den kostspieligen Arkadenvorbau verzichten will, soll er dessen Errichtung doch durch einen Zuschuss aus seinen Mitteln unterstützen, „damit, wenn in künftiger Ständeversammlung dieser Bau zur Sprache kommt und dem Ministerium zum Vorwurf gemacht wird, es habe denselben mit Vernachlässigung des Raums nur im Sinne architektonischer Schönheit geführt, alle Klagen einzelner Mitglieder der Ständeversammlung dadurch beseitigt werden können“. Der König reagiert rigoros, selbstherrlich und schroff: „Die Stände über Fassaden von Gebäuden zu hören ist der Verfassung nicht gemäß. Einmischung derselben in die Administration leide ich nicht. Dieses ist Mein letztes Wort in Betreff dieses Gegenstandes.“ Da der Generalpostadministrator Lippe nichts weiter als ein opportunistischer Erfüllungsgehilfe des Königs ist, genügt ein Machtwort und die Postdirektion bezahlt den gesamten Umbau des Palais - einschließlich der nicht nur unbrauchbaren, sondern für ihre Belange geradezu unfunktionalen Säulenhalle - aus dem eigenen Haushalt.

1836 – Leo von Klenze hat eine hervorragende städtebauliche Lösung gefunden

München-Graggenau * Leo von Klenze hat aus städtebaulicher Sicht eine hervorragende Lösung



gefunden. Durch die nach Art der altgriechischen Polychromie [= Vielfarbigkeit] gehaltenen Verzierungen in den Gesimsen und Gliedern hat Klenze einen Effekt erzeugt, der, „so fremdartig er sein mag (weil man buntverzierte Fassaden zu sehen noch nicht gewohnt ist), dennoch sehr harmonisch genannt werden muß“, lobt die Allgemeine Bauzeitung. Der englische Architekt Charles Robert Cockerell, zeigte sich gleichfalls begeistert: „[...] im Postgebäude wird eine glückliche Wirkung erreicht, denn die auf dünnen Säulen aufruhenden Archivolten, die die Loggia bilden, werden durch die rote Farbe stark hervorgehoben und ebenso durch den Dekor auf der Stirnwand, der die Säulen wunderbar und mit einem warmen und angenehmen Effekt hervortreten läßt. Die Farbe ist es, die dem Bau so viel Gewicht gibt, daß er als Pendant zur Residenz bestehen konnte“. Für die Belange der Postadministration ist das Ergebnis dennoch mehr als enttäuschend.

6. März 1837 – Die Zugehörigkeit der Ramersdorfer Lüften zum Landgericht Au

Haidhausen - Ramersdorf * In der Auseinandersetzung um die Zugehörigkeit der Ramersdorfer Lüften zum Landgericht Au wird folgendes festgelegt: „Zur Beseitigung der Nachteile, welche die gegenwärtig bestehende teilweise Unterordnung der Landgemeinde Ramersdorf unter die Landgerichte Au und München zur Folge hat, haben S.M. der König [...] zu beschließen geruht, daß der dem Steuerdistrikt Haidhausen und infolgedessen bisher dem Landgericht Au angehörige Teil der Landgemeinde Ramersdorf dem Landgericht München, welchem bereits der größere Teil dieser Gemeinde angehört, sowohl in Bezug auf Justizpflege als auch auf Administration zugewiesen und demnach der Landgemeinde Ramersdorf in ihrem ganzen Umfang und in jeder Beziehung des landgerichtlichen Geschäftskreises einem und demselben Landgericht untergeordnet werde.“ Das ist zwar sehr positiv formuliert, doch werden damit lediglich die Ramersdorfer Lüften in den Bezirk des Landgerichts München überstellt, nichts aber am Bestand der Gemeinde Ramersdorf und an der Zugehörigkeit zum Steuerdistrikt Haidhausen verändert. Außerdem werden die „Lüftler“ - aufgrund der weiten Wege - nach Haidhausen eingepfarrt.

18. August 1853 – Kaiser Franz Joseph I. und Herzogin Elisabeth „Sisi“ verloben sich

Wien - München * An seinem 23. Geburtstag hält der österreichisch-ungarische Kaiser Franz Joseph I. um die Hand seiner Cousine Herzogin Elisabeth „Sisi“ in Bayern an. In der Überzeugung „einem Kaiser von Österreich gibt man keinen Korb“ stimmt das herzogliche Haus der Verlobung zu. Herzog Max in Bayern und die kaiserliche Administration einigen sich auf eine Mitgift in Höhe von 50.000 Gulden, dazu Kleider und Schmuck.



20. Dezember 1904 – Konzentrationslager als Internierungslager für Unterstützer

Deutsch-Südwestafrika * Das Erscheinungsbild des Krieges gegen die Herero und Nama ist nicht nur durch die eigentlichen Kampfhandlungen geprägt, sondern mindestens ebenso sehr durch die von der Militäradministration errichteten Konzentrationslager. Sie dienen als Internierungslager, in denen auch Stämme aus dem Gebiet des Guerillakampfes festgesetzt werden, um so den Kämpfern den Rückhalt in der Bevölkerung zu nehmen. Es sind also keine reinen Kriegsgefangenenlager nach europäischen Standards, sondern werden auch zur Inhaftierung von Frauen, Greisen und Kindern genutzt. Das ist ein weiterer Beweis dafür, dass es sich hierbei um einen Krieg gegen ein ganzes Volk handelte. Die Lebensbedingungen in den Konzentrationslagern sind völlig unzureichend. Es fehlte an allem, von den Lebensmitteln bis zum Brennmaterial. Viele Insassen erkrankten an Skorbut und Typhus. Die Sterblichkeit ist entsetzlich hoch. „Es kamen an manchen Tagen bis 27 Sterbefälle vor. Karrenweise wurden die Toten zum Friedhofe gebracht.“
